

## Vatikan: Kritik im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz

*Kaum eine Gelegenheit haben in jüngster Zeit hochrangige Vertreter des Apostolischen Stuhles und der Papst selbst ausgelassen, um deutliches Mißfallen über die Vorbereitungen der „Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung“ zu äußern, die Anfang September dieses Jahres in Kairo einen Zwanzig-Jahres-Aktionsplan aufstellen soll.*

Zwar habe man bei den ersten beiden Internationalen Bevölkerungskonferenzen in Bukarest 1974 und Mexiko 1984 den jeweiligen Schlußdokumenten die Zustimmung verweigert, durch seine Delegation aber habe der Vatikan entschieden dazu beigetragen, daß die verabschiedeten Texte im Sinne christlicher Vorstellungen verbessert worden seien: so Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* vor den Teilnehmern der Sonderbischofssynode für Afrika (vgl. ds. Heft, 304). Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sucht der Apostolische Stuhl nun auch auf das internationale Aktionsprogramm Einfluß zu nehmen, das bei der kommenden „Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung“ (ICPD) Anfang September dieses Jahres in Kairo beschlossen werden soll. Zwar hat der Apostolische Stuhl bei den Vereinten Nationen nur Beobachterstatus, bei der Kairoer Konferenz aber ist er wie bereits bei den beiden früheren Bevölkerungskonferenzen Vollmitglied.

### Der „Mythos von der Überbevölkerung“

Korrekturbedarf im „Sinne christlicher Vorstellungen“ sieht der Vatikan im bisherigen Vorbereitungsprozeß vor allem bezüglich der in den Entwürfen enthaltenen Vorstellungen von Familie, der Methodenfrage bei der Geburtenregelung und beim Thema Abtreibung. Letztere werde in dem

geplanten Dokument quasi als Menschenrecht betrachtet, beklagte Sodano vor der Synode, bezüglich der Familie werde nur vage von „verschiedenen Typen“ gesprochen. Inakzeptabel sei ebenso die individualistische Vorstellung von Sexualität und ein dem christlichen widersprechendes Erziehungsmodell. Der Präsident des Päpstlichen Rates für die Familie, Kardinal *Alfonso López Trujillo*, monierte zum Vorbereitungsprozeß vor der Synode: die bestehenden demographischen Probleme würden ideologisch verzerrt, verbunden mit „dem Mythos von der Überbevölkerung“, der eine apokalyptische Katastrophe beschwöre. Aus dieser Sicht bleibe die Herausforderung zur Solidarität zwischen den Nationen, insbesondere der reichen mit den armen, ausgeklammert.

Den gleichen Tenor hat auch ein Mitte Mai veröffentlichtes 60seitiges Arbeitsdokument des Päpstlichen Familienrates „Ethische und pastorale Dimensionen von Bevölkerungstrends“. Auch darin werden Katastrophenprognosen zurückgewiesen und bereits gegenläufige Bevölkerungsentwicklungen in Entwicklungs- und Industrieländern beklagt. Die weltweiten Ressourcen und Möglichkeiten seien mehr als ausreichend, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, erforderlich sei eine gerechte Weltwirtschaft. Als „zerstörerische Tyrannei“ bezeichnet das Arbeitsdokument internationale Versuche, Entwicklungsprogramme in der Dritten Welt an wirksame Bevölkerungskontrolle zu binden.

Sodano forderte die afrikanischen Bischöfe auf, mit ihren Regierungen zu sprechen, die Konferenz zum Thema ihrer Verkündigung zu machen. Auch die Schlußbotschaft der Afrikasynode appelliert angesichts dieses „Anti-Lebensplanes“ an die „53 Nationen in Afrika und alle Nationen, die die Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet haben“: „Laßt es nicht zu, daß das Jahr der Familie, das Jahr der Zerstörung der Familie wird.“

Ein Vorbild für mögliche Interventionen noch während des Vorbereitungsprozesses könnten die afrikanischen Bischöfe in ihren *lateinamerikanischen* Amtsbrüdern finden: In einem Brief an die Generalsekretärin der Konferenz und Exekutiv-Direktorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, *Nafis Sadik*, beklagten die Bischöfe, die Konferenz wolle den Entwicklungsländern „den demographischen Winter“ der reichen Länder aufzwingen (vgl. *Osservatore Romano*, 28. 4. 94). In Lateinamerika habe sich die Fruchtbarkeitsrate bereits drastisch vermindert, aufgrund der hohen Kindersterblichkeit könne sich die Bevölkerung kaum noch erneuern. Alarmierend sei die Zahl der sterilisierten, vor allem armen Frauen in Ländern wie Bolivien, Kolumbien, der Dominikanischen Republik, Honduras, Brasilien und Mexiko. Massive Kritik übten auch die lateinamerikanischen Bischöfe darüber hinaus an der Koppelung internationaler Entwicklungshilfe mit Programmen der Bevölkerungskontrolle. Die Beziehungen zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen des Südens dürften sich nicht nach den Regeln einer Art „Verhütungsimperialismus“ gestalten.

Diesem Brief werden wohl noch weitere Interventionen der katholischen Kirche folgen. Man wolle in einer Art „konzertierter Aktion“ afrikanische und andere Länder, aber auch andere Konfessionen und Religionen für die eigene Position gewinnen. Dies hatte am Ende der dritten und entscheidenden Vorbereitungsrunde der Bevölkerungskonferenz in New York der Leiter der vatikanischen Delegation und

Sekretär des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, der Ire *Diarmuid Martin*, ankündigt.

Vor der Bischofssynode kritisierte Martin zunächst das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen; letzteren widme der insgesamt 82seitige Entwurf für das Schlußdokument nur sieben Seiten (vgl. *Osservatore Romano*, 30.4.94). Insgesamt vermittele das Dokument den Eindruck, es gehe in Kairo, basierend auf einer *individualistischen Philosophie*, mehr um die Propagierung eines bestimmten Lebensstiles und weder um die quantitativen Ausmaße unkontrollierten Bevölkerungswachstums wie noch bei der Konferenz in Mexiko noch um das Thema Entwicklung. Als verantwortlich für diese veränderte Philosophie erklärte Martin einige nordeuropäische Länder und die USA.

## Das Produkt einer individualistischen Philosophie

Hinter den von der Konferenz neugeprägten zentralen Begriffen der „reproductive health“ und der daraus folgenden „reproductive rights“ stehe zwar durchaus das berechtigte Anliegen, Mutterschaft unter optimalen gesundheitlichen Bedingungen, Erziehung, Gesundheitsvorsorge und eine bessere Versorgung von Mutter und Kind nach der Geburt zu fördern. In der angebotenen ideologisch individualistischen Lesart aber fehle diesen Begriffen jede Beziehung zu Ehe und Familie. Vor allem aber werde auch Abtreibung als Teil der „Fortpflanzungsgesundheit“ eingeführt, im Sinne eines exklusiven Rechtes für die Frau, über das Ende der Schwangerschaft selbst zu entscheiden.

Der Gefährdung der Frau durch die Komplikationen einer Abtreibung dürfe jedoch nicht – wie dies zumindest eine Gruppe der Vorbereitungskonferenz gefordert habe – durch Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches begegnet werden. Die Gesundheit der Frau werde durch eine höhere Qualität

der Vorsorge viel besser geschützt. Obwohl sich die vatikanische Delegation bei der Abtreibungsfrage in der Minderheitsposition befunden habe, betonte Martin, sei doch erreicht worden, daß einschlägige Textpassagen in den überarbeiteten Texten in Klammern gesetzt blieben und damit weiter zur Diskussion stünden.

Bereits im Vorfeld des Vorbereitungstreffens in New York war es zu einigen außergewöhnlichen Initiativen gekommen: In einem an alle Staatsoberhäupter der Welt gerichteten Brief mit Datum vom 19. März hatte der Papst seine Kritik an den unzureichenden ethischen Positionen des Textentwurfes mit der Aufforderung verbunden, die Adressaten sollten sich für eine differenzierte Vorbereitung der Kairoer Konferenz einsetzen und alles Mögliche für den Schutz der Familie tun (vgl. *HK*, Mai 1994, 267). Zu einem persönlichen Treffen kam es auch zwischen dem Papst und der Generalsekretärin der Konferenz. In einem Brief an Nafis Sadik betonte Johannes Paul II. (vgl. *Osservatore Romano* 19.3.94): Die Formulierung von Bevölkerungsfragen in Form von individuellen „Sexual- und Fortpflanzungsrechten“ oder sogar in Form von Frauenrechten bedeute, vom zentralen Punkt abzuweichen, daß Bevölkerungspolitik nur *Teil einer umfassenden Entwicklungsstrategie* sein könne. Darüber hinaus mahnte der Papst auch, auf der Konferenz in Mexico City hätten die Vereinten Nationen erklärt, daß Abtreibung nie als eine annehmbare Methode der Familienplanung anerkannt werden dürfe. Das Vorbereitungsdokument aber lasse die Tendenz erkennen, es solle ein international geltendes Recht gefördert werden, wonach Abtreibung auf Verlangen ohne jede Einschränkung zugänglich sein solle.

Am 25. März hatten der Kardinalstaatssekretär und *Jean-Louis Tauran*, Leiter der für die Beziehung zu den Staaten zuständigen Abteilung des Staatssekretariats, alle beim Apostolischen Stuhl akkreditierten Botschafter zu einem „Informationstreffen“ geladen.

Indessen stoßen die massiven Interventionen des Vatikans auf ebenso harsche Kritik, auch etwa von seiten der deutschen Delegation. Von „tiradenhafter Emotionalisierung gegen das Aktionsprogramm“ hatte in New York *Nafis Sadik* gesprochen. Der Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und Berater der deutschen Regierungskoalition bei der Weltbevölkerungskonferenz, *Hans Fleisch*, monierte in einem Bericht für die Frankfurter Rundschau (9.5.94): Die päpstliche Strategie setze sich zusammen aus moralischer Herabsetzung der gegnerischen Institutionen und Akteure, Behinderung konsensbildender Prozesse, Infiltrierung maßgeblicher Gruppierungen und innenpolitischem Druck auf politische Entscheidungsträger in katholischen Ländern. Bei allen bedeutenden Kairo-Vorbereitungstreffen habe sich der Vatikan auf Mitwirkungsrechte berufen, die keiner Nation, auch keiner anderen Religionsgemeinschaft in dieser Breite zugestanden würden.

## „Zunehmende Intransigenz des Vatikans“

„Mit zunehmender Intransigenz“ habe der Vatikan in New York seine Positionen vertreten, schreibt der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, *Joachim Krause*, im Informationsdienst des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Bei den ihm unliebsamen Konzepten – dabei stößt sich Krause besonders am vatikanischen Widerstand gegen die Erwähnung von Kondomen als Gesundheitsschutz bei AIDS-Erkrankungen – sei er als Vordränger dann vehement protestierender Länder aufgetreten (darunter immer die gleichen wie Costa Rica, Ecuador, Honduras, Guatemala, Nicaragua). Für den Hauptdissens bei den Vorbereitungsrounds, der sich nicht aus unterschiedlichen ökonomischen oder politischen Bewertungen und Interessenslagen von Ländern des Nordens und Südens ergebe, macht Krause jedoch nicht allein die „weltanschaulich

motivierten Pressionen eines vatikanischen Fundamentalismus“ verantwortlich. Motiviert von einem dem ganzen Globus sexuelles Glück und Heil verschreibenden Sendungsbewußtsein seien die oftmals von den USA unterstützten Skandinavier aufgetreten. In deren Position scheine der Staat verantwortlich für das sexuelle Glück und körperliches wie seelisches Wohlbefin-

den eines jeden Individuums. Eines habe New York gezeigt: „Ein globales Aktionsprogramm zu Bevölkerung und Entwicklung läßt sich – zugespitzt formuliert – nicht auf der Basis weltanschaulicher Auseinandersetzungen und von dogmatischen Begriffsbestimmungen sowie Weltbeglückungsstrategien gespeisten Bekehrungskampagnen erarbeiten.“ A. F.

## Österreich: Turbulenzen vor der EU-Abstimmung

*Am Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden die Österreicher in einer Volksabstimmung über den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Der Riß in der Frage des Beitritts geht durch alle Parteien, die Kirchen halten sich mit direkten Empfehlungen zurück.*

Wenn am 12. Juni die mehr als 5,5 Millionen wahlberechtigten Österreicher mit ihrem Ja oder Nein über den *Beitritt der Alpenrepublik zur Europäischen Union* entscheiden, dann stellen sie die Weichen für den künftigen politischen Kurs ihres Landes in der Mitte Europas.

Die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die vor dieser Volksabstimmung schon seit Wochen und Monaten das ganze Land aufwühlen, sind von außen her vermutlich unverständlich, wenn man nicht die jahrzehntelange Vorgeschichte in Betracht zieht. Heute ist es ja nahezu schon vergessen, daß Österreich im Jahr 1945 so wie Deutschland ein vierfach geteiltes Land war. Die gesamte Schwerindustrie samt den Ölquellen in Ostösterreich wurde von den Sowjets damals als „deutsches Eigentum“ beschlagnahmt, ebenso die Flotte der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft.

Erst im Staatsvertrag 1955 gelang es, die Besetzung Österreichs durch die vier Alliierten zu beenden und die sowjetisch verwalteten Betriebe in Ostösterreich zurückzubekommen. Der Kaufpreis für diesen damals in der ganzen Welt bestaunten politischen

Erfolg war die Erklärung Österreichs, immerwährend neutral sein zu wollen. Eine Assoziierung oder gar ein Beitritt Österreichs zur EG war daher viele Jahre undenkbar, wie zahlreiche sowjetische Vetos in jeder Zeit bewiesen. Aus der Not der damaligen Zwangslage machten die Österreicher bald eine Tugend: Sie kamen relativ schnell darauf, daß in einer Zeit des Kalten Krieges ein neutrales Land beträchtliche Chancen hatte, zwischen den großen Militärblöcken eine neutrale Plattform für Verhandlungen, Gespräche und für den Austausch von Informationen darzustellen.

### Die Neutralität wurde durch die Ereignisse überholt

Auf diese Weise wurde die Neutralität im Lauf der Zeit von immer mehr Österreichern als „Bestandteil der österreichischen Identität“ empfunden. Nicht wenige Bewohner der rotweiß-roten Republik mögen in der Neutralität auch einen willkommenen Unterschied zum großen deutschen Nachbarn gesehen haben. Die kurzfristige mitteleuropäische Euphorie, die

in den achtziger Jahren vor allem in der Literatur von Ungarn bis in das Triester Küstenland, von Böhmen bis Kroatien sichtbar wurde, dürfte in diesem Unterschied eine ihrer Ursachen gehabt haben: Denn unter dem massiven Druck des Kreml, der permanent den Teufel des deutschen Revanchismus an die Wand malte, und Institutionen wie die EG oder die Nato als Kriegstreiber denunzierte, war Österreich jahrzehntelang das Schlupfloch der Tschechen, Slowaken, Ungarn, Kroaten, Slowenen und Polen in den Westen. Hoffnungen auf ein Mitteleuropa zwischen den Blöcken tauchten auf.

Als 1989 das kommunistische System zusammenbrach, war es auch mit der Sonderstellung Österreichs vorbei. Denn in einer Welt, in der es keine gegensätzlichen Militärblöcke mehr gab, konnte an jedem beliebigen Punkt der Erde gesprochen und verhandelt werden, dazu brauchte man nicht irgendein österreichisches Palais auf neutralem Boden. Der Schock, daß die Neutralität durch die Ereignisse plötzlich überholt war, ist bis zum heutigen Tag in Österreich noch nicht überwunden. Daraus ergeben sich zahlreiche Resentiments gegen einen Beitritt zur Europäischen Union, die unter verschiedenstem Gewand spürbar werden.

Dazu kommt noch die Befürchtung, daß der frische Wind der Konkurrenz in Westeuropa allzu heftig das Land der Zünfte in der Mitte des Kontinents heimsuchen könnte. Besonders verschreckt sind die *österreichischen Bauern*, die bisher durch ein ausgeklügeltes Agrarsystem mit hohen Preisen für Lebensmittel aller Art geschützt waren. Auch verschiedene Zweige der österreichischen Industrie, vor allem im Nahrungsmittelbereich, profitierten von diesem System, das mit einem freien Wettbewerb nicht viel zu tun hat. Die *hohen Arbeitslosenziffern* in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder sind eine zusätzliche Quelle von Ängsten für viele Österreicher, die mit Stolz auf die relativ niedrige Arbeitslosenrate in ihrem Land verweisen. Diese vielfältigen Befürchtungen sind ein guter Nährboden für Populisten al-